

Die Christdemokratie in den Niederlanden: Taktieren zwischen Werten und Verantwortung Rien Fraanje

Der Kontrast zwischen der deutschen CDU und dem niederländischen CDA könnte heutzutage nicht größer sein. Während die niederländischen Christdemokraten in den vergangenen vier Jahren bei den Wahlen zur Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments im Juni 2010 und im September 2012 zwei Mal einen kräftigen Wahlverlust zu verarbeiten hatten, konnten ihre deutschen Kollegen bei den letzten Wahlen im September 2013 ihre starke und stabile politische Position aufrechterhalten. So blicken dann niederländische Christdemokraten auch mit einer Mischung aus Verwunderung und Hoffnung auf die starke Position der CDU in Deutschland. Verwunderung darüber, wie es der CDU im deutschen politischen Kräftespiel gelingt, so stabil zu bleiben, und Hoffnung, weil der Erfolg der CDU womöglich Lehren für den CDA bietet. Ich muss mich hier im Übrigen kurz fassen und eine Auswahl treffen. Meine Erörterung erscheint später in wesentlich ausführlicherer Form in einem Sammelband, in dem Sie dann auch die Beiträge über die anderen politischen Parteien finden können.

Einhundertfünfzig Jahre niederländischer christdemokratischer Politik erweisen sich als eine ständige Suche nach einer Balance zwischen tief empfundenen Werten und Prinzipien einerseits und der Umsetzung eines dieser Werte in die Praxis andererseits, der Berufung nämlich, Verantwortung zu tragen. Viele Kommentatoren sind der Ansicht, beim CDA und seinen Vorgängern gewänne immer das machiavellistische Streben nach Macht gegenüber den Prinzipien die Oberhand. Dieses Urteil verkennt, dass eine tief empfundene Pflicht, Verantwortung zu tragen, untrennbarer Bestandteil der christdemokratischen Ideologie ist. Das bedeutet allerdings, dass die Berufung, Verantwortung zu tragen, in Konflikt mit anderen Werten und Prinzipien geraten kann. Wir werden sehen, dass die Christdemokraten dieses subtile Gleichgewicht im Laufe der Geschichte einige Male aus dem Blick verloren haben.

Ich lasse die Geschichte der Christdemokratie in den Niederlanden im Jahr 1879 beginnen, dem Jahr, in dem Abraham Kuyper mit der *Anti-Revolutionaire Partij* (Antirevolutionäre Partei, ARP) die erste politische Partei der Niederlande gründet. Der unmittelbare Anlass für die Gründung der ARP ist die Volkspetition gegen das Schulgesetz. Der Unmut der Initiatoren der Volkspetition entspringt vor allem der prinzipiellen Weigerung, den christlichen Unterricht staatlicherseits zu alimentieren. Im August 1878 setzen gut dreihunderttausend Protestanten und mehr als einhundertsechzigtausend Katholiken ihre Unterschrift unter einen Aufruf an König Wilhelm III., das Gesetz nicht zu unterschreiben.

Der König ignoriert den Aufruf und unterschreibt das Gesetz. Es wäre ein Missverständnis, die Petition deshalb als Misserfolg zu bezeichnen, denn die Mobilisierung einer halben Million Menschen, von denen der weitaus größte Teil nicht wahlberechtigt ist, löst im religiösen Teil der Bevölkerung ein starkes politisches Bewusstsein aus. An das Wahlrecht sind in jener Zeit hohe Steuerforderungen geknüpft. Die Zweite und die Erste Kammer der Generalstaaten bestehen daher vornehmlich aus Männern, die sozial und ökonomisch der Oberschicht entstammen. Die hauptsächlich konfessionelle Bevölkerung erkennt sich in der Zusammensetzung des Parlaments nicht wieder.

Die latente Unzufriedenheit mit einer elitären und liberalen Regierung, die die Interessen der „kleinen Leute“ nicht im Blick hat, leistet der Bildung eigener politischer Organisationen Vorschub. Dabei spielen charismatische Führungsfiguren, die den benachteiligten Bevölkerungsgruppen vorangehen, eine wichtige Rolle. Für den

protestantischen Teil der Nation erfüllt Abraham Kuyper diese Rolle mit Verve. Kuyper ist anfangs Theologe und Pastor der *Nederlands Hervormde Kerk*. 1874 wird er zum ersten Mal zum Mitglied der Zweiten Kammer gewählt.

Kuyper bezeichnet sich als Anti-Revolutionär. Er verdeutlicht damit seine Abneigung gegen die Aufklärung und – spezieller – gegen die Französische Revolution. Von der Bibel ausgehend gelangt er zu einer Menschen- und Gesellschaftsicht, die sich gegen die Vorstellung vom Menschen als autonomem Individuum und vom Volk als Souverän sträubt. Er macht in der Gesellschaft eine Reihe von gesellschaftlichen Institutionen und Sektoren aus, die alle ihre eigene Verantwortung und Aufgabe besäßen. Die einzelnen Kreise, wie Familie, Kirche, Vereinigungen, Schulen und Unternehmen, verfügten alle über ihre eigene Souveränität.

Kuyper führt die „Antithese“ ein. Er sieht einen scharfen Gegensatz zwischen einer Politik, die sich von menschlicher Einsicht leiten lässt und einer Politik, die von der göttlichen Macht ausgeht. Der Historiker de Rooy vertritt die Ansicht, dass die Einführung dieser Antithese die politische Landschaft der Niederlande für mehr als ein Jahrhundert bestimmt habe. Gerade weil Kuyper seine Antithese geprägt habe, bevor die Übel der Industrialisierung in vollem Umfang spürbar geworden seien, habe er die Vorherrschaft des in anderen Ländern dominanten sozioökonomischen Gegensatzes verhindert.

Ungefähr zeitgleich mit dem Erwachen des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins des protestantischen Teils der Nation erhielten auch die Katholiken in der Person des Dichters, Priesters und Theologen Herman Schaepman ihren eigenen, charismatischen Anführer. Im Jahr 1880, also ein Jahr nach der Gründung der ARP, wird der 36-jährige Schaepman Mitglied der Zweiten Kammer. Das hat für die Katholiken vielleicht doch noch mehr Bedeutung als die Gründung der ARP für die Protestanten. Obwohl in den Niederlanden seit der Verfassung von 1848 Religionsfreiheit herrscht, sind die Katholiken gesellschaftlich betrachtet noch lange Zeit eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe. Der Einzug von Katholiken ins Parlament verleiht ihnen nun auch eine politische Stimme.

Auch wenn es in der Gesellschaft zwischen Protestanten und Katholiken eine große Animosität gibt, kommen sie politisch gut mit einander aus. So ist Schaepman – ebenso wie Kuyper – gerade aus der benachteiligten Position der Katholiken heraus ein Befürworter der Trennung zwischen Kirche und Staat; der Staat solle nicht der Lehre der einen, einzigen Kirche folgen.

Schaepman und Kuyper sind sich auch über die verletzliche Stellung der Arbeiter einig. Kuyper initiiert 1892 den *Christelijk Sociaal Congres* (Christlich-sozialer Kongress), auf dem er in der Eröffnungsansprache „die soziale Frage“ auch als eine christliche Aufgabe deutet. Schaepman lässt sich durch die päpstliche Enzyklika *Rerum Novarum* inspirieren, die Papst Leo XIII. im Jahr 1891 veröffentlicht. *Rerum Novarum* prangert die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitern an und überträgt dem Staat ausdrücklich die Aufgabe, die Stellung der Arbeiter durch die gesetzliche Regelung der Arbeitszeiten, die Garantie gerechter Löhne und die Förderung der Sonntagsruhe zu verbessern.

Dort, wo Kuyper für die Souveränität im eigenen Kreis plädiert, spricht die katholische Soziallehre vom Subsidiaritätsprinzip, das ebenfalls davon ausgeht, dass Menschen und ihre Kontexte den Raum erhalten müssen, Initiativen zu entfalten. In seinem Übersichtswerk über die politische Philosophie der Christdemokratie fasst Woldring im Kern zusammen, welche Aufgabe der Staat dabei hat: „Wenn kleine Gemeinschaften von Bürgern nicht zur Ausübung ihrer Aufgaben in der Lage sind und auch größere Gemeinschaften dies nicht können, und

wenn das Allgemeininteresse zur Diskussion steht, kann der Staat diese Aufgaben übernehmen. In diesem Fall verhält sich der Staat subsidiär: helfend oder stellvertretend.“

Die Übereinstimmungen im Denken zwischen den Protestanten und den Katholiken dürfen nicht verschleiern, dass die gesellschaftliche Distanz zwischen Katholiken und Protestanten damals groß war. Sie lebten praktisch von einander getrennt. Die politische Kooperation ihrer Anführer ist in jenem Augenblick das maximal Machbare.

Es gibt noch ein anderes wichtiges Thema, bei dem sich Protestanten und Katholiken einig sind, und das ist ihre ambivalente Haltung hinsichtlich der Demokratie. Von der Abneigung ausgehend, die beide gegen mehr oder weniger alles hegen, wofür die Französische Revolution steht, prangern Kuyper und Schaepman das liberale Streben nach Volkssouveränität an. Als also der liberale Minister Tak van Poortvliet 1892 mit einer Gesetzesvorlage kommt, die anstrebt, das allgemeine Wahlrecht auszuweiten, sind sich Protestanten und Katholiken anfangs in ihrer Kritik einig.

Innerhalb der protestantischen Fraktion sorgt der Gesetzentwurf Tak van Poortvliets allerdings für Uneinigkeit. Kuyper sieht, dass sein Wählerpotential mit der Ausweitung des Wahlrechts beträchtlich wachsen kann und sagt ohne Mitwissen der offiziellen Parteigliederungen seine Unterstützung für diese Gesetzesvorlage zu. Dies führt zu einer Spaltung, weshalb es nach den Wahlen des Jahres 1894 in der Zweiten Kammer zwei anti-revolutionäre Fraktionen gibt. Die abgespaltene Gruppe gibt sich selbst den Namen „*Vrije antirevolutionairen*“ (Freie Antirevolutionäre) und gründet 1908 die *Christelijk-Historische Unie* (Christlich-Historische Union, CHU).

Die Debatte über das Wahlrecht ist gut zwanzig Jahre später der Schlüssel für die Lösung der anderen langwierigen Frage. Der liberale Ministerpräsident Cort van der Linden initiiert 1916 ein Tauschgeschäft: Er verlangt von den Liberalen, dass sie einer Gleichstellung der Finanzierung des privaten und staatlichen Unterrichts zustimmen; im Gegenzug sollen die Konfessionellen ihren Widerstand gegen eine Ausweitung des Wahlrechts einstellen. Und so geschah es.

Die christdemokratischen Parteien erobern 1918 bei den ersten Wahlen nach dieser so genannten Pazifikation die absolute Mehrheit, wobei vor allem der Zugewinn der Katholiken bemerkenswert ist. Bis vor kurzem waren sie ja nahezu Bürger zweiter Klasse am Rande des gesellschaftlichen und politischen Lebens in der niederländischen Gesellschaft gewesen. Ab 1918 bilden sie die größte politische Partei, und diese Position treten sie mehr als ein halbes Jahrhundert lang nicht mehr ab.

Die politische Emanzipation der christlichen Politik ist mit der Pazifikation vorbei, und es bricht für die Christdemokratie in den Niederlanden eine neue Phase an. Während die ersten Jahrzehnte nach dem Erwachen des politischen Bewusstseins des christlichen Teils der Bevölkerung in erster Linie unter dem Zeichen der Formulierung politischer Grundsätze und Ausgangspunkte gestanden hatten, können diese nun mit praktischen Inhalten gefüllt werden.

Die Anführer der Katholiken, Antirevolutionären und Christlich-Historischen sind ab 1918 selbst die politische Elite, die oftmals miteinander und manchmal unter Beteiligung anderer politischer Gruppierungen ein Kabinett bilden. Ab 1918 erhalten die Katholiken mit Charles Ruijs de Beerenbrouck ihren ersten Ministerpräsidenten. Und es ist schließlich eine Minderheitsregierung unter der Führung des christlich-historischen Premiers de Geer und mit vornehmlich katholischen und christlich-historischen Ministern, die die Niederlande

zunächst auf einen Krieg mit dem Nachbarn im Osten vorbereiten muss und nach der Kapitulation die Macht an die deutschen Besatzer überträgt.

Charakteristisch für die niederländische Politik vor dem Zweiten Weltkrieg war eine Kombination aus Versäulung und Pazifikation. In der politischen Landschaft gab es große Unterschiede zwischen liberalen, katholischen, protestantischen und sozialistischen Politikern. Die politischen Strömungen waren das Symbol für die streng getrennten Säulen, in die die niederländische Bevölkerung aufgeteilt war. Sie hatten ihre eigenen Schulen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen; sie lasen ihre eigenen Zeitungen und waren Mitglied ihrer eigenen Rundfunkgesellschaften. Die scharfen gesellschaftlichen Unterschiede wurden in der politischen Arena befriedet, indem die Eliten der Säulen sehr wohl kooperierten.

Die Politik der Versäulung und der Pazifikation geht nach dem Zweiten Weltkrieg einfach weiter. Die christdemokratischen Parteien der Vorkriegszeit setzen nach 1945 ihren (getrennten) Weg in der niederländischen Politik fort. Die Wahlen des Jahres 1946 sind der Startschuss für eine lange währende Zusammenarbeit zwischen der katholischen *Katholieke Volkspartij* (Katholische Volkspartei, KVP) und der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (Partei der Arbeit, PvdA). Sie bilden zwölf Jahre lang das Herz von fünf Kabinetten, die den Wiederaufbau der in vielerlei Hinsicht schwer angeschlagenen Niederlande in Angriff nehmen. Diese Zusammenarbeit von Mitte-Links legt unter anderem mit dem Arbeitslosigkeitsgesetz und dem *Algemene Ouderdomswet* (Allgemeines Gesetz über die Altersversorgung) die Grundlagen für den Sozialstaat. Es wird sich im Folgenden zeigen, dass diese Kooperation von Mitte-Links nach 1958 zwar mehrmals die Gelegenheit erhält, das politische Geschehen zu bestimmen, aber sie wird nie mehr so erfolgreich sein.

Die notwendig gewordenen vorgezogenen Wahlen des Jahres 1967 sind sowohl der Anfang der Entsäulung als auch des Wegbrechens der christdemokratischen Anhängerschaft. Zum ersten Mal seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahr 1918 haben die christdemokratischen Parteien zusammen keine absolute Mehrheit mehr. Eine neue Generation von nach dem Krieg geborenen Babyboomern rüttelt an der politischen Pforte. Diese Generation ist weniger als ihre Eltern den alten Strukturen der Kirche und den damit verknüpften Säulen verbunden. Nicht die Gemeinschaft der Säule habe zu bestimmen, wie jemand sein Leben lebe, sondern das autonome Individuum. Die jungen Newcomer wollen die Macht der Gewohnheit durchbrechen. Sie fordern Einfluss und mehr Demokratisierung.

Die gesellschaftlichen Veränderungen erfassen auch die PvdA. Diese Partei führt eine neue Politik der Polarisierung ein, bei der es um nicht weniger als die Marginalisierung der Christdemokratie geht. Die PvdA verleiht der Polarisierung unter anderem dadurch Gestalt, dass sie bei den Parlamentswahlen des Jahres 1972 mit den Parteien D66 und PPR ein einziges, gemeinsames Wahlprogramm schreibt und dies zum nicht verhandelbaren Regierungsprogramm erklärt.

Unter diesem Zeichen der Polarisierung und den unverhohlenen Versuchen, die Christdemokratie in den Niederlanden von der politischen Bühne zu verdrängen, beginnen die Christdemokraten, Gespräche über eine weitreichende Zusammenarbeit und möglicherweise sogar eine Fusion zu einer gemeinsamen Partei zu führen. Man hofft, den Abwärtstrend zu stoppen, wenn die Parteien gemeinsam an einem Strang ziehen.

Die kulturellen Unterschiede sind jedoch groß. Für die Antirevolutionären wiegen die Grundsätze schwer, während der Leitfaden für die Katholiken der biblische Auftrag ist, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Der Prozess, zu einer Zusammenarbeit und

womöglich zu einem Zusammengehen zu gelangen, hätte daher von niemandem besser als dem KVP-Mann Piet Steenkamp geleitet werden können, der – obwohl ein Antirevolutionärer – von seiner biblischen Inspiration zeugt und seine Bibelkenntnis nutzt, um Politik zu machen.

Der Weg zu einer Vereinigung ist voller Hindernisse. Eines der größten ist die Bildung eines Kabinetts nach den Wahlen des Jahres 1972. Die progressive Kombination aus PvdA, D66 und PPR gewinnt die Wahlen, und damit ist ihrer Meinung nach ihr gemeinsames Wahlprogramm auch zugleich das Koalitionsabkommen. Die Parteien, die in Erwägung ziehen, in absehbarer Zukunft zu fusionieren, nehmen beim erstbesten Test jede eine andere Einschätzung der Lage vor. Die KVP und die ARP gehen auf die wenig attraktive Einladung der Progressiven ein, die CHU lehnt dankend ab.

Dennoch setzen die Parteien ihren Versuch, zu einer Fusion zu gelangen, unverdrossen fort. Dabei spielen die wissenschaftlichen Büros eine wichtige Rolle. Sie führen mit der „geteilten Verantwortung“ einen neuen Terminus ein, der die Brücke zwischen Souveränität und Subsidiarität schlägt und schon bald zum zentralen Begriff der neuen Partei wird. Die Vorstellung von der Souveränität im eigenen Kreis und das Subsidiaritätsprinzip basieren auf der Überzeugung, dass Menschen voll und ganz zu ihrem Recht kommen, wenn sie Verantwortung für ihr Leben und die Gemeinschaften übernehmen, zu denen sie gehören.

An den Wahlen des Jahres 1977 nehmen die drei christdemokratischen Parteien zum ersten Mal als gemeinsame Liste unter dem Namen *Christen-Democratisch Appèl* (Christdemokratischer Apell, CDA) teil. Es ist ein Abbremsen des freien Falls, in dem sich die einzelnen christdemokratischen Parteien seit zehn Jahren befinden zu haben schienen. Der CDA gewinnt im Vergleich zum gemeinsamen Ergebnis von KVP, CHU und ARP gut vier Jahre zuvor einen Sitz hinzu und kommt auf 49 Sitze. Die große Gewinnerin ist jedoch die PvdA, die mit einem Zugewinn von zehn Sitzen 53 Volksvertreter in die Zweite Kammer entsenden darf. Dieser glänzende Sieg ist für die Sozialdemokraten eine Ermutigung, die Polarisierungsstrategie unvermindert fortzusetzen. Der CDA ist jedoch nicht begeistert über eine Wiederholung der vergangenen vier Jahre, und so wird der Versuch, ein zweites Kabinett den Uyl zu bilden, zur längsten Koalitionsverhandlung in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande. Diese scheidet schließlich, als die Sozialdemokraten auch Weisungsbefugnis bezüglich der Minister fordern, die der CDA nominieren will. Die Einstellung und die Haltung der Progressiven, die auch darauf abzielte, die konfessionellen Parteien an den Rand des politischen Spielfelds zu treiben, kehrt sich also ins Gegenteil. Die PvdA ist zum gemeinsam als solcher empfundenen Feind geworden, der die drei christdemokratischen Parteien einander in die Arme treibt.

Im Jahr 1982 übernimmt Ruud Lubbers die Staffette von Dries van Agt, der die Partei vor und in den ersten Jahren nach der Vereinigung führte. Der relativ junge, katholische Unternehmer wird Ministerpräsident zweier Mitte-rechts-Kabinette, die vor enormen Aufgaben stehen. Die Staatsausgaben sind außer Kontrolle geraten, und die Arbeitslosigkeit droht eine Nachkriegs-Rekordhöhe zu erreichen. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik beabsichtigt, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Die ersten beiden Lubbers-Kabinette beschließen kräftige Einsparungen bei der Bildung, der Arbeitslosenunterstützung und den Beamtenbezügen.

Nach den Wahlen des Jahres 1989 muss Lubbers notgedrungen mit der PvdA in See stechen. Die Mühelosigkeit, mit der der CDA seinen Kurs in Abhängigkeit vom Koalitionspartner ändert, beginnt aufzufallen. Es entsteht das unbehagliche Gefühl, dass die

Berufung, Verantwortung zu tragen zugunsten des Dranges, die Macht zu behalten, verblasst.

Diesen Eindruck vermittelt die Spitze des CDA auch durch die Art und Weise, in der sie die Partei und implizit das Land auf einen Machtwechsel vorbereitet. Ruud Lubbers wählt den jungen, der *gereformeerde Kerk* angehörenden Elco Brinkman, Minister für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur seiner ersten beiden Kabinette, zu seinem Nachfolger. Um politisches Profil aufbauen zu können und auch einigermaßen freie Hand zu haben, wird er im dritten Kabinett Vorsitzender der CDA-Fraktion in der Zweiten Kammer. Der Kurs, den er absteckt, lässt sich wie folgt zusammenfassen: In den vergangenen Jahren ist viel gute Arbeit geleistet worden, aber es ist nun Zeit, dass sich das Blatt wendet. Sowohl inhaltlich als auch in der Wortwahl („Die Schulpause ist vorbei“) zeigt er sich eher als rechter Politiker, denn als Führer einer gemäßigten Partei der Mitte, die die Schwachen der Gesellschaft im Blick hat.

Das Ergebnis der Wahlen des Jahres 1994 ist für den CDA desaströs. Die Partei erleidet einen bis dahin historisch betrachtet noch nie dagewesenen Verlust von zwanzig Sitzen und wird mit lediglich 34 Sitzen die drittstärkste Partei.

Ein Jahr nach den Wahlen organisiert das Wissenschaftliche Institut des CDA ein Abschiedssymposium für Ruud Lubbers. Der ehemalige Ministerpräsident erhält nach zwei Tagen das letzte Wort, und es zeigt sich, dass er ein Jahr nach dem Desaster in seiner Reflexion darüber, wie es schief hatte gehen können, bereits deutlich vorangekommen ist. Seine Politik sei zu einseitig auf einen ökonomischen Schwerpunkt ausgerichtet gewesen, und er gebe zu, dass dies nicht genug gewesen sei. „Starke Niederlande verlangen auch ein Wertebewusstsein und den Einsatz für Ideale“, so Lubbers.

Der ehemalige christdemokratische Führungsmann gibt damit die Richtung für den Prozess vor, der als ein „Zurück zu den Ursprüngen“ bezeichnet worden ist. Der CDA habe sich zu weit von seinen Prinzipien entfernt und zu sehr am Erhalt seiner Macht gehalten. Die Partei müsse wieder herausfinden, wofür sie stehe und wie sich ihr Gedankengut zu der modernen Zeit verhalte. Dabei spielt das Wissenschaftliche Institut mit einem jungen Jan Peter Balkenende in seinen Reihen wiederum eine führende Rolle. Das Grundprinzip der geteilten Verantwortung und die Erkenntnis, dass Politik auf Werten und Grundsätzen fußen muss, werden zu den Leitprinzipien dieser Rückbesinnung auf die Ursprünge.

Jan Peter Balkenende ist eines der neuen Gesichter, die mit der Erneuerungswelle des Jahres 1998 in die Zweite Kammer kommen. Er ist in gewisser Weise die Personifizierung des christdemokratischen Denkens. Im Herbst des Jahres 2001 wird er, nach sieben Oppositionsjahren für den CDA, die er selbst als einen Zug durch die Wüste bezeichnet, der neue Spitzenmann des CDA. Es ist die Zeit, in der die Wiederholung der einstürzenden Twin Towers in New York noch täglich im Fernsehen zu sehen ist. Die niederländische Politik erfährt dann mit der Ankunft Pim Fortuyns, dem ehemaligen Hochschullehrer und populären Kolumnisten des rechten Wochenblattes *Elsevier*, einen schillernden politischen Zuwachs. Seine kritischen Standpunkte über Immigration und Integration allochthoner Niederländer passen nach dem 11. September gut zur zunehmenden Beunruhigung über die Position islamitischer Niederländer in der niederländischen Gesellschaft.

Während die neuen Anführer der Sozialdemokraten und der Liberalen immer wieder bei jeder Provokation Fortuyns gegenüber marokkanischen Niederländern und dem Islam mit viel Empörung ihre Missbilligung zeigen, reagiert Balkenende schlichtweg nicht auf Fortuyn. Allerdings spürt er, dass die Ideen bei einem Teil der niederländischen Bevölkerung Anklang finden, und er führt eine gemäßigte Variante der Themen Immigration und

Integration ein. Balkenende behauptet, dass die multikulturelle Gesellschaft nichts Erstrebenswertes sei und äußert sich kritisch über die mangelhafte Integration von Neuankömmlingen in die niederländische Gesellschaft.

Als Pim Fortuyn neun Tage von den Wahlen von einem Tieraktivisten ermordet wird, erweisen sich die relative Unbekanntheit und das defensive Verhalten Balkenendes als Vorteil. Die Spitzenleute der violetten Parteien sind nun umstritten, weil sie Fortuyn verbal hart attackiert haben. Für Leute, die weder für die Anhänger Fortuyns, noch für PvdA oder VVD stimmen wollen, sind der CDA und Jan Peter Balkenende die ideale Alternative. Am 15. Mai 2002 wird der CDA unerwartet zur stärksten Partei.

Ministerpräsident Balkenende setzt vor allem das Thema Werte und Normen auf die Tagesordnung. Er thematisiert die Verrohung der Umgangsformen und bringt dies mit der Parole „Fatsoen moet je doen“ (sinngemäß: Anstand muss man leben) auf den Punkt. Außerdem ist er der Ansicht, dass der Sozialstaat zu weitreichend ausgestaltet sei. Der Staat habe zu viele Aufgaben übernommen und damit der aus der Gesellschaft heraus kommenden, privaten Initiative den Raum genommen. Vor allem sein zweites Kabinett mit den liberalen Parteien VVD und D66 entscheidet einschneidende Reformen in der Sozialgesetzgebung. Das *Bijstandswet* (Sozialhilfegesetz) wird durch das *Wet werk en bijstand* ersetzt, das die Aufgabe der Begleitung von Arbeitslosen den Gemeinden auferlegt. Aus dem *Wet Arbeidsongeschiktheid* (Arbeitsunfähigkeitsgesetz) wird das *Wet Werk en inkomen naar arbeidsvermogen*, das die Schwelle für eine Arbeitslosenunterstützung erhöht.

Auch Balkenende entkommt nicht dem Verhalten vieler Menschen, die lange an der Macht sind: Kritische Kommentare unterdrückt er und versammelt einen kleinen Kreis Vertrauter um sich. Das Tragen von Verantwortung aus Berufung ist wieder aus dem Blick geraten, der Machterhalt ist wieder ein Ziel an sich geworden.

Am 9. Juni 2010 muss Balkenende zum ersten Mal zu seinen Anhängern sprechen, nachdem er Wahlen verloren hat. Es soll auch das letzte Mal sein, denn er kündigt an, als Parteiführer zurückzutreten und die Politik zu verlassen. Der erfahrene Maxime Verhagen übernimmt vorläufig die Stafette, als er von der neuen Fraktion zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wird. Verhagen verkündet bei den ersten Schritten in den Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts, dass dem CDA Bescheidenheit anstehe und dass dieser nicht auf eine Kabinettsbeteiligung warte. Daraufhin wird zunächst vergeblich versucht, wieder eine violette Koalition zu bilden. Nachdem dies misslingt, klopft man auch beim CDA wieder an. Als die PvdA die Bildung einer breiten Koalition aus PvdA, CDA und VVD blockiert, kommt unvermeidlich auch die *Partij voor de Vrijheid* (Partei der Freiheit, PVV) als möglicher Koalitionspartner ins Spiel.

Im CDA – und daher auch in der lichter gewordenen CDA-Fraktion – denkt man völlig unterschiedlich über eine politische Zusammenarbeit mit der populistischen Anti-Islam-Partei von Geert Wilders. Eine kleine Gruppe will ganz bewusst und gerne, dass die PVV Regierungsverantwortung übernimmt. Schließlich habe die Partei ja gewonnen, und die Sorgen ihrer Wähler müssten nun einen Platz in der Politik erhalten. Überdies hat der CDA besonders im katholischen Süden Wähler an Wilders verloren, und man hofft, dass diese zurückgewonnen werden können, wenn der CDA der PVV einen Platz im Zentrum der Macht einräumt. Ein anderes Geschwader ist schlichtweg gegen eine Beteiligung des CDA an einem Kabinett, das sich auch auf die PVV stützt. Diese Antagonisten finden es unmöglich, dass der CDA, der in seiner Geschichte konsequent die Bedeutsamkeit von Religion verkündet hat, nun die Zusammenarbeit mit einer Partei aufnimmt, die eine einzelne Religion und ihre Anhänger ständig beleidigt. Zwischen diesen beiden Extremen stehen einige Zweifler. Sie

können mit beiden Standpunkten etwas anfangen, finden aber doch, dass die Verantwortung schwer wiegt: Wenn der CDA hierzu „Nein“ sage, werde möglicherweise das ganze Land unregierbar.

Alleine schon die Ankündigung, dass der CDA mit der PVV über die mögliche Bildung eines Kabinetts sprechen werde, führt unter der Anhängerschaft zu viel Aufregung. Eine Zusage an die Parteimitglieder, dass sie sich schließlich während eines Sonder-Parteikongresses über ein Kabinett, an dem auch die PVV beteiligt sei, aussprechen dürften, kann die Gemüter einigermaßen beruhigen. Das implizite Spannungsfeld zwischen den christdemokratischen Werten und dem einen Grundsatz, dass der Mensch berufen sei, Verantwortung zu übernehmen, kumuliert schließlich während dieses scharenweise besuchten und niederlandweit im Fernsehen ausgestrahlten Parteikongresses. Jedes Mitglied, das dies will, erhält die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen, und so wird an diesem Samstag, dem 2. Oktober 2010, in Arnheim der innere Kampf zwischen der prinzipiellen Überzeugung auf der einen und der gefühlten Pflicht, das Land zu führen auf der anderen Seite fühlbar und sichtbar. Dabei wird auch regelmäßig das „Verantwortungsargument“ ins Feld geführt: „Das Land muss doch reguliert werden.“

Zwei Drittel der Mitglieder stimmen dem schließlich zu, und so darf Maxime Verhagen die Bildung des VVD-CDA-Minderheitskabinetts, das sich auf die Duldung durch die PVV stützt, abschließen. Das Minderheitskabinett vereinbart mit der PVV ein Tauschgeschäft: Letztere unterstützt ein Sparpaket von € 18 Milliarden, um das Haushaltsdefizit auf die von Europa geforderte und vorgegebene Norm von 3% zu reduzieren. Dafür erklären sich VVD und CDA mit einer kräftigen Verschärfung der Asyl- und Integrationspolitik einverstanden. Als sich die ökonomischen Rückschläge im Jahr 2011 fortsetzen, wird deutlich, dass ein ergänzendes Sparpaket notwendig wird. Die PVV springt ab, als der CDA bei der Entwicklungshilfe keine weiteren Einsparungen vornehmen will.

Die Neuwahlen kommen für den CDA eigentlich zu früh. Die Partei hat nach dem Verlust im Jahr 2010 einen ähnlichen Prozess der Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln angestoßen, wie nach dem Wahlverlust im Jahr 1994. Der kritische Bericht einer Evaluationskommission weist große Übereinstimmungen mit dem Evaluationsbericht aus dem Jahr 1995 auf. Die Wortwahl ist ein bisschen anders, aber das Fazit über eine Partei, die zu sehr mit dem Machterhalt beschäftigt sei, ist das gleiche.

Außerdem hat die im April 2011 neu angetretene Parteivorsitzende Ruth Peetoom gemäß dem in den neunziger Jahren erprobten Rezept einen so genannten Strategischen Rat eingesetzt, der die Aufgabe erhält, den zukünftigen Parteikurs festzulegen. Mit seinem Bericht *Wählen und Verbinden* hält der Rat ein Plädoyer für den CDA als Partei der Mitte und der Verbindung „zwischen Jung und Alt, neuen und geborenen Niederländern, Stadt und Land sowie der Wirtschaft im weltweiten Maßstab und dem menschlichen Maß der Gemeinschaft“.

Das Wahlprogramm nimmt *Wählen und Verbinden* zwar als Ausgangspunkt, kommt jedoch aufgrund des Zeitdrucks auch nicht zur Ausarbeitung von Aussagen über große Themen wie das Gesundheitswesen und den Wohnungsmarkt. Allerdings wird der Spitzenkandidat zum ersten Mal in der Geschichte des CDA in einem offenen Verfahren von den Mitgliedern gewählt. Als Spitzenkandidat wird mit deutlicher Mehrheit der Fraktionsvorsitzende van Haersma Buma gewählt.

Der CDA muss im September 2012 für die Zusammenarbeit mit der PVV teuer bezahlen. Die Partei verliert noch einmal acht Sitze und kommt nur noch auf dreizehn Volksvertreter in der Zweiten Kammer. Für van Haersma Buma ist es völlig klar, dass die Restauration der

Christdemokratie in den Niederlanden und des CDA insbesondere erst jetzt beginnen kann. In der Opposition wohlgemerkt. Weil in den vergangenen Jahren die Waage zwischen Werten und Verantwortung zu sehr in Richtung der letzteren ausgeschlagen ist, hält der neue Parteiführer in der Opposition stark an den eigenen Standpunkten fest, selbst dann, als das zweite Rutte-Kabinett die Unterstützung der Oppositionsparteien für große Reformen auf dem Wohnungsmarkt und bei den Renten sucht, weil der Koalition in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments die Mehrheit fehlt.

Die neuerliche Rückbesinnung auf die eigenen Ursprünge findet nach dem bekannten Rezept statt. Die Partei stellt zunächst fest, dass der CDA seine Politik ausgehend von Werten und Prinzipien betreiben wolle. Anschließend macht sie erneut kenntlich, dass es nach Ansicht der Christdemokratie vorrangig die Gesellschaft und die Menschen mit ihren sozialen Bindungen seien, die gesellschaftliche Probleme lösen könnten.

Damit sind lediglich die ersten Themen grob abgesteckt, die in den kommenden Jahren weiter ausgearbeitet werden müssen. Ein wesentliches Dilemma dabei ist, wie die Grundsätze und Werte einer christdemokratischen Partei in einer Gesellschaft und Zeit attraktiv bleiben können, in der der christliche Ursprung dieser Begriffe nicht mehr erkannt wird. Die Entkirchlichung fordert den CDA dazu heraus, eine Sprache zu finden, die auch Menschen ohne christliche Wurzeln oder christlichen Hintergrund berührt.

Die Kraft des christdemokratischen Gedankenguts hat dem CDA und seinen Vorgängern so manches Mal bei einer politischen Wiederauferstehung geholfen. So muss dann auch eine Verbesserung der politischen Position des CDA bei diesem reichen Gedankengut beginnen, das so fest auf der Erkenntnis beruht, dass der Mensch dazu geschaffen ist, Verantwortung zu tragen.